

13. Baiblatt.

Baiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

16. Juni 1948.

236/J

Anfrage

der Abg. Weikhardt, Gumpelmayer, Frühwirth und
Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Entlassung von Betriebsräten in USIA-Betrieben.

-.-

In dem unter USIA-Verwaltung stehenden Wiener Metallwarenbetrieb Waagner und Biro wurde entgegen den Bestimmungen des auch für diese Betriebe geltenden Betriebsrätegesetzes der Betriebsratsobmann Lucan entlassen. Das Einigungsamt, an das er sich wendete, hat mit Recht entschieden, daß die Entlassung ungesetzlich ist. Trotzdem weigert sich die Betriebsführung, den Betriebsratsobmann Lucan wieder in Dienst zu stellen. Wenn auch zu erwarten ist, dass sich der ÖGB als die Berufsvertretung der Arbeiterschaft der Sache annehmen wird, so fühlen sich die gefährdeten Abgeordneten dennoch verpflichtet, den Herrn Bundesminister auf die schweren Gefahren drohender sozialer Konflikte aufmerksam zu machen. Die Österreichische Arbeiterschaft, gewitzigt durch ähnliche Erscheinungen am Beginn vergangener faschistischer Perioden, ist entschlossen, derartigen Terrormethoden und derartigen Verletzungen der Koalitionsfreiheit in Österreich von Anfang an mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Eine ausgedehnte Streikbewegung aber würde nicht nur die Gefahr einer Minderung der Produktion bedeuten, sondern könnte auch angesichts der Sonderstellung der USIA-Verwaltung in Österreich zu politischen Konflikten führen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehende

Anfrage:

1. Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, die USIA-Verwaltung darauf aufmerksam zu machen, dass das Vorgehen der von ihr eingesetzten Betriebsführung bei Waagner & Biro in Wien eine Verletzung geltender österreichischer Rechtsbestimmungen darstellt und von der gesamten österreichischen Arbeiterschaft als Angriff auf die Koalitionsfreiheit empfunden wird?
2. Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung allenfalls bereit, die russische Besatzungsmacht als der USIA-übergeordnete Dienststelle auf die aus einer Ausweitung des Konfliktes entstehenden Möglichkeiten aufmerksam zu machen?

-.-.-